

II.3. Rasonieren und Informieren: Wie der Journalismus im Absolutismus stecken bleibt

Das „New York Weekly Journal“ war ein Kampfblatt. Es war 1733 von Lewis Morris, einem der reichsten Männer der neuenglischen Provinzen, gegründet worden, um einen Kreuzzug gegen den im Jahr davor angetretenen Gouverneur William Cosby zu führen. Das Blatt konnte die aufsässigen Kolonisten schon damals an seiner Seite wissen. Die Andeutungen über Tyrannei und Machtmissbrauch fanden Zustimmung. Gleichwohl ließ Cosby im November 1734 den Drucker John Peter Zenger verhaften. Erst im August 1735 kam es zum Prozess vor einem Geschworenengericht.

Dem Anwalt des obrigkeitkritischen Establishments, Andrew Hamilton, gelang dann etwas, das zu jener Zeit nur vor einem amerikanischen Geschworenengericht (nach englischen Grundsätzen) möglich war. Anderswo hätte sich Zenger vor einem absolutistischen Einzelrichter verantworten müssen. Sein Anwalt Hamilton überzeugte die Jury, dass es die entscheidende Frage sei, ob die vom „New York Weekly Journal“ gegen Cosby erhobenen Vorwürfe der Wahrheit entsprächen. Jedes absolutistische Gericht auf dem europäischen Kontinent hätte sich an einem Gesetzeswortlaut orientiert oder wäre schlicht von der Schädlichkeit von Anschuldigungen gegenüber der Obrigkeit ausgegangen. Hamilton machte es hingegen zu einem Grundsatz, dass mensch die Wahrheit gefälligst auch sagen dürfe. Den Siedlern in der Jury gefiel diese Möglichkeit, dem ungeliebten Gouverneur aus England eins auszuwischen, und sie sprachen ihr „Nicht schuldig“ (vgl. Nord 2001, S. 65 - 67).

Das Missverständnis, dass mensch doch sagen solle, „was ist“ (Rudolf Augstein, 1923 – 2002, Gründer des „Spiegel“), zieht sich allen Gegenargumenten zum Trotz durch die gesamte Geschichte der westlichen Presse. Dabei würde kaum jemand das zum Prinzip im Umgang mit seinen Schwiegereltern machen, fehlende Diplomatie würde ständig Kriege gebären, und mit der wissenschaftlichen Diskussion wäre es auch schnell vorbei, wenn die Wahrheit so leicht festzustellen wäre wie die vermeintlichen Fakten der Presse.

Der Journalismus hat sich wie das Lehrbuch aus klassischen Texten ausdifferenziert. Im Gegensatz zum Unterricht zielt er nicht auf Abstraktionsgewinne und eine Weiterentwicklung der Persönlichkeit im Sinne einer Stufentheorie. Er setzt die Struktur der Welt als prinzipiell bekannt voraus und orientiert über die bereits durchdachten Möglichkeiten. Seine Wirkung ist stabilisierend. Daher wohl auch die enge Bindung an den Berichterstattungsgegenstand Politik, die sich ebenfalls durch einen kurzen Zeithorizont auszeichnet. Deren ultimatives Argument, die Gewalt, wirkt unmittelbar, wo der Entzug von Nutzen, unzutreffende Überzeugungen oder sinnlose Ziele erst nach geraumer Zeit Konsequenzen zeigen. Der parlamentarische Rechtsstaat hält zudem wie der Journalismus eher die Herde beieinander, als dass er orientiert oder eine Richtung in die Zukunft weist. Talcott Parsons' (1902 - 1979) Rede vom „Goal Attainment“, wie er das politische Subsystem nannte, ist daher irreführend.

Die Neuigkeiten des Journalismus sind zwar überraschend, aber gleichwohl stereotyp. Der Enthüllungsgegenstand ist zumeist nur das Fehlverhalten des Einzelnen. Soziale Systeme kommen nicht vor. Mensch hat von den Massenmedien offenbar weniger Aufklärung zu erwarten als von der Schule. Wo sich die Zeit kontrahiert, wird die Verfügung über mediales Wissen dann doch relevant. Solche Kontraktionen spielen ihre Rolle. In der Schule kennt mensch das bei Prüfungen. Auch bei der journalistischen Informiertheit spielt das entsprechende Bulimie-Lernen häufig eine Rolle. Das Wissen wird nur kurzfristig geschluckt und wieder ausgespuckt, ohne sich anzulagern.

Persönlichkeitsentwicklung durch Lernen wird durch die kurzfristige Fixierung eher verfehlt. In der Wirtschaft ist jeder Kauf und jeder Vertrag ein bedeutender Augenblick. In der Politik läuft alles auf eine Entscheidung zu, beim Kampf wie bei einer Abstimmung oder einem Urteil. Auch die Zuwendung zu religiösen oder kulturellen Zeremonien sticht durch ihre Abgegrenztheit vom Alltag heraus.

Der Metadiskurs über den Journalismus ist hinsichtlich der Analyse der journalistischen Produkte, der journalistischen Akteure und der ihnen gegenüber stehenden Eliten gut entwickelt. Löcher wie Scheunentore klaffen jedoch bei der Analyse des Publikums, ohne das die meist kommerziellen Unternehmungen nicht hätten überleben können. Mensch mag sagen, außer der Auflage der jeweiligen Blätter und gelegentlicher Leserbriefe hat das Publikum nichts hinterlassen, was eine positive Wissenschaft analysieren könnte. Die kritische Theorie ahnte dagegen, dass die Produzent*innen ein gewisses Verständnis von ihrem Publikum haben müssen. Nur um den Preis des Unterganges des jeweiligen Medienbetriebes kann dieses Bild von den Konsument*innen völlig fehl gehen. Deshalb hat Theodor W. Adorno (1903 – 1969) zumindest teilweise recht, wenn er bei den Leser*innen von Horoskopern eine Neigung zu magischem Denken vermutet (1957). Solche Analysen mögen etwas Spekulatives haben, aber sie sind mitunter das Beste, was vorliegt. Denn ein solcher gemeinsamer Hintergrund entscheidet, was vordergründig als wahr betrachtet wird. Bezüglich dieses Hintergrundes steckten die Macher des „New York Weekly Journal“ mit der Jury und den meisten Siedlern unter einer Decke. So hatten sie untereinander auch keine Meinungsverschiedenheiten über die „Wahrheit“. Die amerikanische Revolution von 1776 warf da schon ihre Schatten voraus.

Soweit ein solches, gemeinsames Hintergrundverständnis vorhanden ist, wird Journalismus als objektiv empfunden. Von außen wirkt eine solche Fixierung des Weltbildes allerdings als ideologisch. Pierre Bourdieu (1930 – 2002) hat diesen Bann als „Doxa“ bezeichnet, als allgemeine Meinung. Dennoch gab es immer wieder Journalismus, der als mehr oder weniger „subjektiv“ empfunden wurde, weil er gegen die Hintergrundüberzeugungen der Leser*innen stichelte oder witzelte. Wieder finden wir in der Metadiskussion der Journalistik Verteidigungsreden dafür. Gern glauben die Autor*innen an die Verkündung einer höheren, weil literarischen Wahrheit, wo doch nur die eine Doxa gegen die andere steht. Die Schilderung der Auseinandersetzungen um die eine oder andere alternative Wahrheit kommt kaum vor und bleibt im Fall des Falles etwas flach. Die gesellschaftliche Analyse reicht nur so weit, dass der Journalismus in Krisenzeiten subjektiver geworden sei (Hartsock 2000, S. 167; noch pauschaler: Schudson 1990, S. 47). Wenn diese Beobachtung stimmt, befinden wir uns heute in einer atypischen Krise, in der der Journalismus statt subjektiv zu werden, seine vorgebliche Objektivität gegen die Erosion gemeinsamer Hintergrundüberzeugungen verteidigt.

Um zu verstehen, warum dem professionellen Journalismus der Gegenwart die reformerische Kraft früherer Krisenjahre fehlt, gilt es etwas auszuholen. Das Bild einer mechanischen Reaktion des Journalismus auf Krisen ist oberflächlich und bleibt dem Vordergrund verhaftet. Gesellschaftliche Krisen in der Moderne bringen es mit sich, dass die bisherigen Hintergrundüberzeugungen fragwürdig werden. Diese Überzeugungen sind weitgehend schematisch, mit normativen und faktischen Anteilen. Dabei blockieren Werthaltungen auch die Korrektur der Schemata auf der Ebene der sogenannten Tatsachen. Das Publikum öffnet sich in der Krise gegenüber Anregungen zur Änderung seiner kulturellen Werte. Normalerweise bezieht es diese aus der elterlichen Erziehung und prägenden Lebenswelten. Bei manchem*r kommen die Einflüsse von Kunst und Kultur hinzu, die in der Krise ebenfalls verstärkt zu kritischen Tendenzen neigen. In dieser Konstellation kann auch der Journalismus Werte transportieren, die den bisherigen kulturellen Rahmen sprengen. Das wird dann als subjektiv oder literarisch empfunden.

Die Fans des literarischen Journalismus überschätzen freilich seine gesellschaftliche Bedeutung. Es ist im Allgemeinen nicht so, dass der jeweils sich wellenartig ergießende „neue“ Journalismus selbst diese innovativen Werte prägt. Dem stehen die kleintaktigen journalistischen Arbeitsbedingungen entgegen, die eine „echte“ kulturelle Resonanz Erfahrung mit einer innovativen Wertschöpfung nicht zulassen. Klassisch war dies das Werk von Propheten, die sich in die Wüste zurückzogen. Auch moderne Künstler*innen entlasteten sich immer wieder von den Zwängen des bürgerlichen Alltags, um sich Erfahrungen jenseits des Verstandes zu öffnen. Werterlebnisse wurden dann vor allem in einer intensiven Emotionalität oder der Naturerfahrung möglich.

Die heutigen Produktionsbedingungen von Kreativen, Schriftsteller*innen und Künstler*innen tendieren dagegen zu einer gewissen Bürgerlichkeit, inklusive systematischer Ausbildung und idealer Karrierewege. Mangels der entsprechenden transzendentalen Erfahrung mündet dieser Modus in eine Ausbeutung und Rekombination bisheriger Kultur. Diese sekundäre Resonanz reagiert aber nicht auf die aktuellen Herausforderungen, sondern auf den internationalen Traditionsbestand, weshalb der Nachschub an Wertinnovationen zumindest ausdünn. Während die allgemeine Sehnsucht nach dem resonanten Werterleben zunimmt, folgt die Enttäuschung durch die Reproduktion des Bekannten in den eigenen Erlebnissen und dem eigenen kulturellen Konsum auf den Fuß. Einige wenige können sich immerhin mit der zahlenden Resonanz eines Publikums entschädigen, dem erst mit der Zeit aufgeht, wie es betrogen wird.

Das Ungleichgewicht zwischen dem Bedarf an kultureller Innovation und der Leistungsfähigkeit künstlerischer Gestaltung durchzieht die Moderne seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Walter Benjamin (1892 – 1940) hat selbst den großen Romanen des 19. Jahrhunderts bescheinigt, dass sie letztlich keine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens gäben (1935/38, S. 603 u. S. 613). Hier liegt allerdings ein religiös getöntes Missverständnis des Kritikers zugrunde, das nach der einen kulturellen „Wahrheit“ fragt. Dabei besteht jenseits der Welt der Selbsterhaltung Sinn gerade in der Vielfältigkeit der Details. Der eine Sinn verwandelt sich in ein Ensemble kultureller Ideale und Strebungen. Das Problem des Romans besteht vielmehr darin, dass er zur Erhaltung der erzählerischen Spannung die Illusion der Auflösung des Geschehens in einer höheren Wahrheit aufrecht erhalten muss. Der große Roman steht hier in einer ähnlichen Spannung zwischen dem Zerfließen in den sprunghaften Möglichkeiten des Augenblicks und dem Spinnen eines erzählerischen Fadens wie das moderne Individuum, das immer wieder von seinem Lebensplan abirrt und hinterher zwischen den verschiedenen Möglichkeiten wählen darf, seiner Biografie einen Sinn zuzuschreiben. Die kulturelle Innovation, in diesem Luxus einen Freiheitsgewinn zu sehen, macht heute noch den meisten Menschen einige Schwierigkeiten. Neben der (zu Unrecht) als drückend empfundenen, dichterischen Anforderung zur Synthese verspüren sie die Berechtigung von Benjamins Warnung vor der Einsamkeit in ihrer dann hervortretenden Einzigartigkeit.

Journalist*innen sind insofern Intellektuelle, als sie dieses Geschehen intensiver beobachten als ihr Publikum. So bemerken sie die Abwesenheit von Wertinnovationen, die auf die aktuelle Situation reagieren. Gelegentlich geht ihnen auch die Zweideutigkeit der ab und zu doch durchdringenden Vorschläge auf. Wenn sie einen Beitrag für weiterführend halten, gibt es für sie Feed-Back-Schleifen, in denen sie diese Ideen bei Vorgesetzten, Kolleg*innen und Teilöffentlichkeiten testen können. Wenn ein neuer Blick eine neuen Welle von literarischem Journalismus befeuern sollte, dann hat er schon einige Bewährungsproben hinter sich. Bisher wendet sich der Blick genauso an die Geistes- und Sozialwissenschaften wie an Kunst, Kultur und Religion. Entsprechend wird gelegentlich eine Sau durchs Dorf gejagt, die dann aber schnell wieder weg ist. Das Publikum ist noch auf keinen dieser Versuchsballons wirklich abgefahren. Geringes Interesse bietet dann natürlich auch keine Grundlage für Wellen neuen Journalismus', der bisher immer auf einer linken

Grundlage daher kam. Das wird heute zu recht mit einem „Hatten wir schon“ abgetan, solange die linke Tradition ihre Utopien nicht weiter entwickelt.

Vor diesem Panorama kultureller Fragwürdigkeiten ist es natürlich nicht verwunderlich, dass der seriöse Journalismus an seinen Hintergrundüberzeugungen nicht nur festhält, sondern auch versucht, das Publikum im Banne des eigenen Horizontes festzunageln. Dabei entgleiten ihm natürlich zunächst jene Milieus, die der liberale Mainstream nur schwach an sich hat binden können. Von einer Mehrheitspresse verwandelt sich der Journalismus in die Parteipresse der „neuen“ akademischen Mittelschichten und verliert die alten Mittelschichten der kleinen Angestellten, Facharbeiter und kleinen Selbstständigen sowie die Unterschichten aus dem Blick. Diese hierarchische Einteilung von Andreas Reckwitz (*1970) (2017, S. 277 - 285) vernachlässigt zwar die funktionale Differenzierung der Mittelschichten in ökonomische, politische, wissenschaftliche und kulturelle Fraktionen, genügt aber hier, wo es um die Entstehung einer neuen, bürgerlich-akademisch dominierten Öffentlichkeit geht.

Im 19. Jahrhundert folgte aus der Vernachlässigung der Unterschichten in Öffentlichkeit und Politik die Arbeiterbewegung, die nach dem Muster der bürgerlichen Reformer und Revolutionäre ihre eigene Parteipresse schuf. In der Pressegeschichte wird die Bindung des Journalismus an eine Klasse verkürzt nach dem links-rechts-Muster beschrieben. Der Blick zurück zeigt einen mehrfachen Wechsel zwischen einer Objektivität, die sich des gemeinsamen Hintergrunds breiter Leserschichten sicher sein konnte, und einer tendenziösen Parteipresse, deren Hintergrund dem des entsprechenden Parteivolks entsprach. So gesellte sich zu den nachrichtlichen Gründungen des 17. Jahrhunderts bald eine fortschrittliche Aufklärungspresse. Der Parteipresse des 19. Jahrhunderts folgte der „Generalanzeiger“ für jedermann, bevor am Ende der Weimarer Republik wieder parteiliche Zeitungen den Ton angaben.

Dem Selbstverständnis nach wollte die parteiliche Presse die Öffentlichkeit beeinflussen. Auf der Ebene des Hintergrundes gestalteten jedoch die Main-Stream-Medien wesentlich stärker das Weltbild ihrer Konsument*innen. Die vordergründigen Nachrichten sind nämlich nicht dazu geeignet, den bekannten Horizont zu erweitern. Sie liefern Informationen für den Umgang mit einer prinzipiell bekannten Welt, die höchstens dem jugendlichen Leser neu sein kann. Ansonsten interessiert den Kaufmann, was er kaufen und verkaufen sollte, ohne dass er etwas über die Funktionsweise der Börse oder anderer Märkte erfahren müsste. Der Citoyen erfährt, wie er seine Partei unterstützen kann, ohne Neues oder gar Kritisches über den Parlamentarismus zu hören. Und der Operngänger kann sich seinen Laufzettel zurecht machen, ohne dass Kompositionstheorie oder Ideologiekritik gelehrt werden müssten. In dieser Logik ordnet sich die Parteipresse dem politischen System und einem ideologischen Kulturbegriff unter. Die Gestaltung des kognitiven Weltbildes wird damit der Schule oder der Partei überlassen. Die Presse schränkt sich auf Fragen mit einem kurzen Zeithorizont ein, weshalb Massenmedien aller Art in hektischen Situationen wie Revolutionen, Aufständen oder Börsenkatastrophen eine besondere Bedeutung zukommt. Die Schwäche im Prinzipiellen haben sie schon immer mit besonderer Aktualität wettzumachen versucht.

Ein dickeres Brett hat in England schon am Beginn des 18. Jahrhunderts ein eigenwilliges und legendäres Blatt zu bohren versucht: Richard Steeles (1672 – 1729) und Joseph Addisons (1672 – 1719) „Spectator“. Sie gaben diese Tageszeitung mit Essays über Fragen des Alltagslebens, der Moral, der Kunst und Philosophie heraus. Politik wurde nicht ausgespart, aber mensch begab sich trotz eigener Neigungen zu den Liberalen nicht in die Niederungen der Tagespolitik. Vielmehr war neben der anspruchsvollen Unterhaltung die Förderung des Kulturzusammenhangs der Besitz- und Bildungsschicht das Ziel des „Spectators“. (dazu Enkemann 1983, S. 164f.) Mensch muss sich klar

machen, dass die Glorious Revolution von 1688 keinen eindeutigen Sieg der Republikaner erbracht hatte und es nach wie vor eine starke royalistische Strömung in England gab. Der „Spectator“ versuchte die gemäßigten Revolutionäre und die kompromissbereiten Königstreuen wieder zusammen zu führen, so dass nur die Minderheit der radikalen Republikaner und der gestrigen Royalisten außen vor blieb.

Die Autoren des „Spectator“ brachten in dieses Unternehmen eine Allgemeinbildung und einen Stil ein, die weite Anerkennung fanden. Die Zeitung wurde später oft kopiert (sogar in Frankreich). Die typischen Essays fanden sich später allerdings eher in Wochenzeitungen. Mit der Ausweitung des Marktes durch Verstärkung und Alphabetisierung wurde im 19. Jahrhundert parteipolitische Neutralität und Sachlichkeit auch ein Kennzeichen einer neuen, billigen Massenpresse, im Angloamerikanischen Penny-Press genannt. Im deutschen Sprachraum spricht man von den „Generalanzeigern“. Mit den sozialen Konflikten ab der Wirtschaftskrise von 1873 schärften die Blätter ihr Profil. In Deutschland kam es nach dem Ersten Weltkrieg quasi zur Wiederbelebung der Parteipresse.

Bezeichnend für die Nachkriegszeit in Deutschland ist das einflussreiche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Es wirkte nicht nur vordergründig, indem es Skandale aufdeckte und in der sogenannten Spiegel-Affäre die Pressefreiheit verteidigte und festigte. Wichtiger ist die Wirkung auf den kulturellen Hintergrund der Bundesrepublik, auch wenn sich nach der Wiedervereinigung Risse im Monument abzeichneten. Der Gründer Rudolph Augstein hatte unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine praktisch konkurrenzlose Magazin-Maschine nach amerikanischem Vorbild geschaffen. Durch Aufdeckung und Analyse erschraken sich seine Mitarbeiter eine Stellung, an der kein politisch aktiver Mensch in der Republik achtlos vorüber gehen konnte. Der Erfolg nährte den Erfolg. Dem Spiegel fielen gute Kräfte, gute Quellen und die Leser*innen zu. Der konservative Versuch, mit dem „Focus“ in den 1990ern ein ernstzunehmendes Konkurrenzblatt zu lancieren, scheiterte. Das Burda-Blatt konnte von Anfang an nicht mithalten: Weder bei der Qualität der Artikel, noch bei der Recherche, noch bei den Leser*innen, die für das bessere Produkt auch weiterhin eine Abweichung der redaktionellen Linie von ihren eigenen Hintergrundüberzeugungen in Kauf nahmen. So blieb es nicht aus, dass der „Spiegel“ nicht nur einen vereinheitlichenden Einfluss auf die normativen Überzeugungen der politisch aktiven Bevölkerung ausübte, sondern auch dazu beitrug, dass die sogenannte Mitte sich etwas nach links verschob. Die Feindschaft der Konservativen gegenüber dem „Spiegel“ beruhte darauf, dass man diesen Kulturwandel durchaus wahrnahm. Neben dem „Spiegel“ machte in den 70er Jahren die Chefin des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts, Elisabeth Noelle-Neumann (1916 – 2010), den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für diese Entwicklung verantwortlich. Nicht zuletzt deshalb setzte die Union in den 1980er Jahren den Privatfunk durch. Damit hat sie den liberalen Konsens bei den Qualitätsmedien – abgesehen von der FAZ – nicht verhindern können, aber die Abkopplung eines Teils des Publikums von dem anspruchsvolleren Hintergrund von Qualitätsmedien befördert. Wenig Anspruchsvolle konnten nun neben den Boulevardzeitungen und -zeitschriften auch auf ein Fernsehprogramm zurückgreifen, das sie von einem liberalen und kognitiv fordernden Subtext verschonte.

Die Eliten, die AkademikerInnen und in ihrem Fahrwasser andere Erfolgreiche in Wirtschaft, öffentlichem Dienst und Kultur sind in diesem liberalen Main-Stream angekommen. Der „Spiegel“ ist nicht länger „das Sturmgeschütz der Demokratie“, sondern nur noch wohlmeinend unter Wohlmeinenden. Mit dem Verlust der Avantgarde-Funktion kommt manche Konkurrenz an den Mythos heran. Mit der scheinbaren Verwirklichung einer parlamentarischen Kultur tritt eine gewisse Orientierungslosigkeit zu Tage, und es gerät ins Blickfeld, dass man die Unterschichten nicht nur materiell, sondern auch politisch, kognitiv und kulturell zurückgelassen hat. Damit gewinnt an Bedeutung, dass die Massenmedien kein individuelles Recht auf freie

Meinungsäußerung mehr verwirklichen. Die Wahrheitsbehauptung bleibt letztlich Organisationen vorbehalten, in denen eine gestaffelte Kontrolle von einzelnen Journalist*innen über die Ressortleiter*innen und den*die Chefredakteur*in bis zu den Herausgeber*innen und Eigentümer*innen reicht. Hier ist der*die Äußerungswillige auf die Kooptation, meist in jungen Jahren, durch die Organisationen, ja mensch mag sagen durch das System angewiesen. Gerade der Erfolg solcher Medienmaschinen vom „Spiegel“ über den öffentlich-rechtlichem Rundfunk bis zu den meisten monopolistischen Regionalzeitungen hat die Spaltung zwischen den akademischen Mittelschichten und der restlichen Bevölkerung noch einmal verstärkt. Denn die Medien haben sich nicht nur immer mehr an den Eliten ausgerichtet, die Mitarbeit ist selbst ein elitärer Beruf geworden, der in den relevanten Bereichen nur noch gut angepassten Mitgliedern der akademischen Mittelschichten offen steht. Wenn die Zurückgelassenen nun über die „Lügenpresse“ klagen, dann protestieren sie auch gegen ein für sie unzugängliches System und die Abwertung ihrer kognitiven und kulturellen Hintergrundüberzeugungen.

Natürlich ist diese Kritik von Pegida und AfD verdreht. Schon allein, weil sie die implizite Behauptung der Gegenseite mit sich führt, es könne eine „wahre“ Berichterstattung geben. Aber bei einem nicht ausgesprochen liberalen Hintergrund scheint auch der Inhalt des besseren Journalismus einigermaßen verquer. So machte die liberale Presse die Unterstützung der europafreundlichen Kräfte in der Ukraine geradezu zur Staatsraison. Dabei waren diese nie von ehrlicher Überzeugung, sondern vom Geld westlicher Philanthropen wie dem Spekulanten George Soros (*1930) und der Hoffnung auf EU-Hilfen genährt. Dass eine erwiderte Orientierung der Ukraine am Westen ein strategisch denkendes Russland provozieren musste, wischten die Journalist*innen ebenfalls zur Seite. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung war sich dagegen durchaus bewusst, dass an der russischen Grenze Selbstbestimmung und Geopolitik in einem Spannungsverhältnis stehen. Die Kumpanei des deutschen Journalismus mit der ukrainischen Bananenrepublik und der auch darüber hinaus greifende Idealismus in anderen Fragen haben dementsprechend den Gegner*innen der liberalen Presse viele Argumente geliefert.

Die Forderung nach einer Wahrheit kann in den Massenmedien nur in Relation zu den jeweiligen Hintergrundüberzeugungen bedient werden. Die rechten Wahrheiten werden dann mit dem gleichen Recht von den anständigen Bürger*innen als „alternative Fakten“ verspottet. In der westlichen Welt zerbricht im Moment der Konsens über einige Basiswerte, von denen aus sich viele Tatsachen erst erschließen. Sie hat damit einige Erfahrung. Die Arbeiterklasse oder die Faschisten sahen die Welt auch durch ihre Brille. Kampf oder Integration scheinen die Alternativen zu lauten. Wer den Bürgerkrieg verhindern will, muss in die kognitive und kulturelle Bildung der einfachen Menschen investieren. Auch im Bereich der Massenmedien droht die Spaltung. Die Gegenseite tut bereits die ersten Schritte: Es entstehen, gedruckt und im Internet, journalistische Produkte mit alternativen Hintergrundüberzeugungen. Auch wenn diese langfristig vielleicht kaum weniger belastbar sind als der Glaube des alten Faschismus, hat sich dort doch gezeigt, dass mensch mit kognitiv minderwertigen Vorstellungen einigen Schaden anrichten kann, bevor mensch entlarvt wird. Eine neue parteiliche Spaltung der Öffentlichkeit kommt in den Bereich des Möglichen und bereitet politischen Katastrophen den Boden.

Die Massenmedien können den Kampf um das Publikum und für eine integrierte Öffentlichkeit aufnehmen, indem sie die Redaktionen gegenüber den Laien öffnen und nach Wegen suchen, das Publikum an der Produktion der Nachrichten und Kommentare zu beteiligen. Ein erster Schritt wäre es, wenn der Journalismus seine Orientierung auf die Eliten insofern lockerte, als dass er wieder mit dem Publikum redete. Zu vorsichtig sprach der Kommunikationswissenschaftler Christoph Neuberger (*1964) auf einer Veranstaltung davon, dass „Frontaljournalismus nicht gut“ sei. Die Aussage wäre dagegen zu steigern, dass in der Abkehr von der One-Way-Kommunikation in den

Massenmedien ein neues Projekt einer Presse steckt, die heute nicht nur sagen darf, was ist, sondern was sie will. Da wir alle „die“ Wahrheit nicht ohne weiteres kennen, ist Pressefreiheit ja auch gar nicht anders möglich. Im Moment dieser Machtvollkommenheit wäre der Journalismus zu demokratisieren. Das heißt nicht, dass die Professionellen überflüssig würden. Denn entgegen Bertolt Brechts (1898 -1956) damals utopischer Radiotheorie von 1932 sind die Menschen nicht ohne weiteres in der Lage, jede*r mit jedem*r aufs Geradewohl technisch vermittelt und ohne leibliche Präsenz zu kommunizieren. Wie die bisherigen Erfahrungen im Internet zeigen, bedarf die sinnvolle Meinungsäußerung dort der Notwendigkeit, gewisse Hürden zu übersteigen, und der Diskurs einer informierten Moderation. Facebook und Twitter versuchen die Strukturierung durch beschränkten Raum und ein selbst zu erarbeitendes Publikum zu sichern. Wikipedia hat gewisse formelle Vorschriften und eine intensive Kontrolle durch themenspezifische Moderation und bei YouTube muss mensch erst mal einen Clip produzieren. So etwas verhindert gerade bei den erfolgreichen Angeboten, dass jede*r gleich losblubbert. Spontanität wird unterdrückt, mensch zwingt zum Nachdenken, und häufig sichert Selbstselektion Qualität am wirkungsvollsten. Nur wer wirklich überzeugt ist, etwas zu sagen zu haben, nimmt die Mühe auf sich, seinen Beitrag in eine vernünftige Form zu bringen. Dann wird er auch die Hilfe von Fachleuten für die Gestaltung seines Beitrages annehmen. Nur wer fürs Publizieren bezahlt wird, kennt die Hemmungen angesichts vernünftiger Hürden nicht. Deshalb fürchten die Professionellen schnell einen unbegrenzten Aufmarsch der Äußerungswilligen.

Im Moment der Verwirklichung des Monopols der Massenmedien und ihrer gleichzeitigen Bedrohung durch die neue Technologie des Internets entsteht das Problem der Spaltung der Gesellschaft, wenn es nicht mehr gelingt, das Publikum an gemeinsame oder zumindest überlappende Hintergrundüberzeugungen anzuschließen. Die Frage nach der Rückkopplung mit dem Publikum samt dem damit verbundenen Machtabbau für die journalistischen Eliten steht damit auf der Tagesordnung. Die Autoren müssten ihre Werke zunehmend diskursiv verteidigen und die Kundschaft anleiten, selbst zu publizieren. Der Journalismus muss darüber hinausgehen, zu sagen, „was ist“. Die Wahrheit versteht sich eben nicht von selbst. Alternative Fakten überleben daher jeden Test, wenn sie zu den Vorurteilen passen. Und mensch selbst kommt angesichts der gesellschaftlichen Komplexität auch kaum ohne jede Ideologie aus.

Stattdessen gälte es, die aktuelle Kommunikation der Gesellschaft zu organisieren. Der Journalismus verharrt in seinem Projekt wider den Absolutismus, ein Recht auf individuelle Meinungsäußerung zu verwirklichen. Diese Meinungsfreiheit ist einerseits unbestritten, andererseits aufgrund der Konzentration der Verbreitungswege in wenigen Händen organisatorisch tot. Durch das Internet wird technisch verbreitete Meinungsäußerung nun aber für jeden möglich. Zwar überschreitet die Qualität des Verbreiteten häufig kaum den Stammtisch, aber inkompetente oder verleumderische Äußerungen sind jetzt dokumentiert. Die Konstellation lässt mindestens zwei totalitäre Lösungen zu: Den Sieg des Populismus oder seine Unterdrückung. Der organisierte Journalismus müsste sich der Meinungsfreudigen annehmen, statt sie ausschalten oder übertönen zu wollen. Ein partizipatives Mediensystem wäre ein neues Projekt, das dem siegreichen Journalismus im Augenblick seines Unterganges neuen Schwung verleihen könnte.